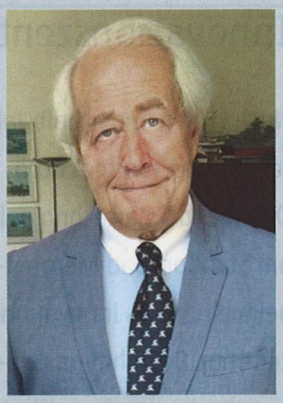
# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

## Starke Prognosen

Selten zuvor ist Deutschland unter wirtschaftlich so positiven Vorzeichen in ein neues Jahr gestartet. Die aktuellen Meldungen der Forschungsinstitute übertreffen sich in Superlativen. So bezeichnet das ifo-Institut die Stimmung in den deutschen Chefetagen als „hervorragend„ und meldet Ende November den Anstieg des Geschäftsklima-Indexes auf einen neuen Rekordwert. Auch international sind erfreuliche Rahmenbedingungen zu konstatieren. In der Euro-Zone laufen die Geschäfte so gut wie seit dem Platzen der Internetblase vor über 17 Jahren nicht mehr. Das ifo-Weltwirtschaftsklima ist auf den höchsten Stand seit 2011 gestiegen. Die Industriestaaten-Organisation OECD rechnet für das junge Jahr mit einem Wachstum des globalen Bruttoinlandsproduktes um 3,7 % und für 2019 mit einer weiteren Zunahme um 3,6 %. Für Deutschland, das sich seit nunmehr acht Jahren im anhaltenden Aufschwung befindet, erwartet die OECD in 2018 einen Anstieg um 2,3 % und in 2019 um 1,9 %.

## Auf dünnem Eis

Angesichts der allgemeinen Zahlen-Euphorie wird allerdings verkannt, dass sich der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands auf politisch ziemlich dünnem Eis bewegt. So sorgen auf nationaler Ebene die Schwierigkeiten einer Regierungsbildung mit zunehmender Dauer für wachsende Verunsicherung der auf Planbarkeit angewiesenen Entscheider. Eine existenzielle Großbaustelle ist und bleibt für Deutschland die enge Verflechtung mit der EU und der Gemeinschaftswährung. Als für die Bundesrepublik verhängnisvoll könnten sich die aktuellen Versuche der EU-Kommission und des französischen Staatspräsidenten erweisen, die Eurozone zur unumkehrbaren Haftungs- und Schuldenunion mit Deutschland als institutionellem Großzahlmeister zu „vertiefen". Das soll über einen gemeinsamen Haushalt, einen EU-Finanzminister und einen europäischen Währungsfonds erreicht werden. Alarmierend ist auch der vom „Spiegel" veröffentlichte Plan der EU-Kommission, die Euroländer aus der ohnehin nicht mehr eingehaltenen Verpflichtung zu entlassen, das gesamtwirtschaftliche Defizit unter der 3 %-Grenze zu halten. Stattdessen soll künftig genügen, dass die Eurozone insgesamt durchschnittlich diese Vorgabe einhält. Mit anderen Worten: Je mehr die Nordstaaten sparen, desto stärker dürfen sich die Club-Med-Länder verschulden. Diese Taschenspieler-Tricks würden den Schuldenspielraum um jährlich über 200 Mrd. Euro erhöhen. Natürlich hat der Kommissionspräsident („Wenn es ernst wird, muss man lügen".) den „Spiegel"-Bericht umgehend als „frei erfunden" dementieren lassen. Bemerkenswerterweise setzen Juncker, Macron und Tsipras offenbar große Hoffnungen auf die tatkräftige Unterstützung des derzeitigen SPD-Vorsitzenden. Zur Besorgnis Anlass gibt auch die Tatsache, dass die südeuropäischen Schuldenländer den portugiesischen Sozialisten Mario Centeno als Chef der Eurogruppe durchgesetzt haben. Der Publizist Gabor Steingart verweist auf fehlende Qualifikationen und kommentiert: „Nun wird der Mann zuständig für die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik und die Ausarbeitung milliardenschwerer Rettungsprogramme. Merkel hat zugestimmt. Die griechische Linksregierung kann ihr Glück kaum fassen: Ouzo für alle." Eigentlich sollte klar sein: Jede neue Bundesregierung ist gefordert, den von interessierter Seite angestrebten Einstieg in eine europäische Schuldenunion mit allen Mitteln zu verhindern.

## 850 Mrd. Euro

Selbst wenn diese Bestrebungen nicht von Erfolg gekrönt sein sollten, zeigt ein Blick auf die europäischen Realitäten die schleichende, weit fortgeschrittene Verstrickung Deutschlands in die Finanz- und Währungsstrukturen. Das Zahlungsverkehrssystem „Target 2" ist vor zehn Jahren zur effizienten Abwicklung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs im Euroraum etabliert worden. Der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt ist dagegen die Tatsache, dass Target 2 seit Ausbruch der Euro-Krise – so die FAZ – „zu einem gigantischen Überziehungskreditsystem mutiert" ist. Das Blatt stellt fest: „Die Bundesbank hat nach den jüngsten Zahlen 850 Milliarden Euro verliehen - ohne dass der Bundestag je darüber abgestimmt oder wenigstens diskutiert hätte. Es ist letztlich ein verdecktes Euro-Rettungsprogramm, jenseits demokratischer Kontrolle. Spiegelbildlich zur deutschen Kurve sind die Target-Salden Italiens und Spaniens tief ins Minus gerutscht. Italien steht mit mehr als 430 Milliarden Euro in der Kreide, Spanien mit fast 380 Milliarden Euro, das Target-Konto der Griechen ist leicht gesunken auf minus 66 Milliarden Euro." Target 2 verkörpert heute das heißeste Tabu-Thema in der deutschen Politik. Man muss wohl davon ausgehen, dass die meisten Bundestagsabgeordneten weder mit diesem Begriff noch mit den damit verbundenen Ausfallrisiken etwas anfangen können. Der Bundesbankpräsident hat seine eher theoretische Erwartung geäußert, dass Target-Schulden im Falle des Austritts eines Landes aus dem Euro von diesem beglichen würden. Der Realität näher kommt aber wohl seine Anmerkung: „Inwieweit eine Regierung dann fähig und willens ist, diese Forderungen zu begleichen, steht auf einem andern Blatt." Mit anderen Worten: Sollte der Euro als Gemeinschaftswährung zusammenbrechen mit der Folge einer wohl unvermeidlichen Zahlungsunfähigkeit der Schuldenländer, müsste Deutschland im worst case 850 Mrd. Euro abschreiben. Über die daraus resultierenden unvorstellbaren Konsequenzen hat sich bisher zumindest offiziell noch niemand Gedanken gemacht…